

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, setzt sich für verbindliche Vereinbarungen bei der KSZE-Folgekonferenz ein: Jede weitere Verhärtung geht zu Lasten der Menschen.

Seite 1-3

Kurt Vogelsang MdB spricht sich für eine einheitliche Krankenversicherung aus: Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist verletzt.

Seite 4

Volker Lange erläutert, die Hamburger Initiative im Sozialwohnungsbau: Mehr Gerechtigkeit.

Seite 5/6

Wilhelm Nöbel MdB zu den Umstrukturierungspläne des WDR-Programmdirektors Hübner: Ein unglaubliches Konzept.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 209 / 30. Oktober 1980

Jede weitere Verhärtung geht zu Lasten der Menschen

KSZE-Folgekonferenz muß verbindliche Vereinbarungen treffen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Im Ost-West-Verhältnis, das durch die sowjetischen Rüstungsanstrengungen besonders in Bereich der Mittelstreckenwaffen und durch den Einmarsch in Afghanistan schwer belastet ist, gibt es außerordentlich widersprüchliche Signale. Negativ zu verbuchen ist die Abgrenzungspolitik, die die DDR zur Zeit verfolgt. Beunruhigend sind auch Stellungnahmen aus Ostberlin und Prag zu den polnischen Ereignissen. Andererseits verhält sich die Sowjetunion jedenfalls im Augenblick dazu abwartend und die Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten hat keine alarmierenden Zeichen gesetzt. Mit dem Beginn der Genfer Gespräche über nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa hat die Sowjetunion faktisch den Mechanismus des Nachrüstungsbeschlusses der NATO akzeptiert. Er formuliert den Willen zum Erhalt des militärischen Gleichgewichts, das eine der beiden Säulen unserer Sicherheitspolitik ist.

Die andere Säule unserer Sicherheit, die Politik der Entspannung, bröckelt nach einem verbreiteten Urteil der Skeptiker dieser Politik ab. In der gegenwärtig schwierigen Lage ist diese negative Diagnose aber fahrlässig. Wir befinden uns an einem Scheideweg, wo der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid als dem nächsten großen Treffen zwischen Ost und West eine noch größere Bedeutung zukommt, als ihr schon bislang beigegeben wurde. Dazu kontrastiert der zweifelnde Gleichmut, mit dem das Für und Wider oder das Zustandekommen der Konferenz überhaupt erwogen wird. Der stockende Gang des Madrider Vorbereitungstreffens bei der Festlegung der Tagesordnung und bei prozeduralen Fragen überhaupt, die schon buchhalterisch anmutenden Aufrechnungen darüber, wieviel Sitzungen und wieviel Zeit auf die jeweiligen Körbe verwandt werden, das Ringen um ein mathematisches Gleichgewicht



zwischen der Ausfüllung von Verpflichtungen aus der Schlußakte und von neuen Vorschlägen, die davon ablenken könnten, erfüllen mit Sorge.

Die Entwicklung, die die KSZE genommen hat, ist allzusehr dadurch gehemmt worden, daß die Schlußakte, die in mancher Wendung Formelkompromisse über an sich unvereinbare Gegensätze enthält, wie ein Gesetzbuch behandelt wird, aus dem fernab von politischen Entwicklungen und Möglichkeiten Ansprüche eingeklagt werden. Nicht ganz unbeeinflußt von diesem statistischen Ansatz sind auch einige Abschnitte der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD und FDP zur "Zukünftigen Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte".

Dort sind zum Beispiel in der Frage der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen und zu Verbesserungsmöglichkeiten auf diesen Feldern die Probleme des Reiseverkehrs, der Familienzusammenführung, des Kulturaustausches oder der Arbeitsbedingungen für Journalisten ziemlich abstrahiert von den polnischen Ereignissen erörtert. Es ist unzweifelhaft, daß diese Fragen gerade für den Zusammenhalt der deutschen Nation von außerordentlichem Gewicht sind und durch die Erhöhung der Zwangsumtauschsätze und der erschwerten Medienberichterstattung noch an realer Brisanz gewonnen haben. Daneben muß man aber sehen, daß es im Vergleich dazu eine epochale Ausfüllung der Schlußakte ist oder sein kann, wenn die Sowjetunion die Freiräume hinzunehmen scheint die sich die polnischen Arbeiter unter ausdrücklicher Berufung auf die KSZE erkämpfen und wenn sie jetzt ihrerseits auf dem Boden der polnischen Hauptstadt unter Anführung der KSZE die "Politik des Respekts für die Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität aller Länder" bekräftigt.

In einem natürlich stets gefährdeten Prozeß gibt es gerade für den humanitären Bereich Anzeichen, daß einige kommunistische Regierungen Unzufriedenheit in der Bevölkerung nicht mehr nur im Keim ersticken, sondern sie auch im Dialog aufzufangen versuchen.

Ich habe außerdem das Empfinden, daß über den vergleichsweise breiten Informationsfluß aus Polen in den Westen und den Wiederhall dieser Informationen im Osten das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl trotz aller Fritionen über die Blöcke hinaus im Geist der KSZE gewachsen ist und zwar auch mit besonderen Auswirkungen auf die



deutsche Nation in zwei Staaten. Man sollte nicht leichtfertig davon ausgehen, daß die jüngsten Maßnahmen der DDR-Regierung mit endgültiger Wirkung auf eine feindselige Vereisung des verbesserten Verhältnisses abzielten. Jede weitere Verhärtung durch eine ultimative oder auch resignative Politik von unserer Seite aus erscheint jetzt verfehlt und geht zu Lasten der Menschen.

In Madrid muß alles daran gesetzt werden, die Bewegungen in Polen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der in gegensätzliche Paktsysteme gespaltenen europäischen Völker zu bewahren. Zu diesem Zweck müssen die Schwierigkeiten der kommunistischen Regierungen behutsam ins Kalkül gezogen werden. Mit Recht hat der Bundeskanzler am 13. Mai 1980 im Bundestag ausgeführt, daß der Wille zur Verständigung auch voraussetzt, "die Lage und die Interessen der anderen Seite zu verstehen".

Es gibt zweifelnde Stimmen, die in den Wünschen der östlichen Seite nach einer Konferenz über Abrüstung in Europa, an der auch wir interessiert sind, den Versuch sehen, Madrid zu einem unverbindlichen Forum militärischer Entspannung zu machen. Man fürchtet ein propagandistisches Manöver zu dem Zweck, die Thematik der Konferenz zu monopolisieren und von den humanitären Problemen sowie der Diskussion über den Einmarsch in Afghanistan abzulenken. Man weist darauf hin, daß die Sowjetunion Stimmungen in Westeuropa ausnutzen wolle, um zu einem Rüstungsmoratorium im Westen zu kommen oder um die Bedeutung der Militärbündnisse zurückzudrängen. Das Angebot zur Verbesserung vertrauensbildender Maßnahmen wird als Köder verstanden.

Solche Erwägungen sind nicht hilfreich und können uns auch im Interesse aller Aspekte der KSZE nicht daran hindern, das Vorhaben einer europäischen Abrüstungskonferenz aktiv und nachhaltig zu fördern, wobei unser Ziel bleiben muß, daß militärisch bedeutsame, konkrete und politisch verbindliche vertrauensbildenden Maßnahmen für Europa vereinbart werden. Durch Fortschritte im Sicherheitskomplex der KSZE würde das beiderseitige Interesse und damit die unabdingbare Grundlage für alle Komplexe der KSZE gestärkt. Insoweit kommt einer Konferenz über Abrüstung in Europa eine zentrale Bedeutung in Madrid zu, ohne daß die humanitären Fragen und die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Hintergrund treten dürfen.

In Anbetracht der stockenden Vorberatungen ist es deshalb wichtig, daß das Madrider Haupttreffen auch dann stattfinden soll, wenn auf dem Vorbereitungstreffen die Hürden zu hoch und zu sperrig sind. Es ist wichtig, daß sich Außenminister Genscher selbst entschlossen hat, die Bundesrepublik bei den entscheidenden Verhandlungen zu vertreten und daß die Gespräche mit offenen Ergebnissen ohne vorbereitende Wort- oder Papierbarrikaden geführt werden.

(-/30.10.1980/bgy/ca)

+ + +



Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt

Krankenversicherungen fordern für gleiche Leistungen unterschiedliche Beiträge

Von Kurt Vogelsang MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der Erfolg des Kostendämpfungsgesetzes ist unbestreitbar. Nach mehreren Jahren sehr starker Steigerungen der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung sind in einem ebensolangen Zeitraum die Beiträge fast nicht mehr gestiegen. Nun kündigen die Krankenkassen für das Jahr 1981 Beitragserhöhungen an.

Man kann nicht davon ausgehen, daß die Kassen mit den niedrigen Beitragssätzen die "Treiber" für höhere Beiträge seien. Auch gerade die Krankenkassen, die einen hohen Beitragssatz haben, werden weiterhin die Beiträge heraufsetzen. Daraus ist abzuleiten, daß neben der allgemeinen Erhöhung die Unterschiede in der Beitragshöhe zwischen den einzelnen Krankenkassen noch größer werden. Heute bietet sich etwa folgendes Bild:

- Ortskrankenkassen von 9,8 Prozent bis 14,2 Prozent,
- Betriebskrankenkassen von sieben bis 13,8,
- Innungskrankenkassen von 9,2 bis 13,
- Ersatzkassen für Angestellte von zehn bis 10,4,
- Ersatzkassen für Arbeiter von 9,5 bis 12,4 Prozent.

Die Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind zumindest im Bereich der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen gleich. Auch zu den Ersatzkassen und innerhalb der Ersatzkassen gibt es kaum Unterschiede.

Der Versicherte muß also für gleiche Leistungen einen sehr unterschiedlichen Preis - sprich Beitrag - zahlen. Dabei ist zu bedenken, daß der Arbeiter die Zugehörigkeit zu seiner Kasse nicht auswählen kann.

Ich halte den Gleichbehandlungsgrundsatz für verletzt, wenn für gleiche Leistungen so unterschiedliche Beträge gezahlt werden müssen. Ist aber der Gleichheitsgrundsatz verletzt, so muß gehandelt werden.

In einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1975 - II BvR 879/73 heißt es unter anderem wörtlich:

"Es wäre deshalb mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, wenn zum Beispiel der Gesetzgeber sämtliche Träger der gesetzlichen Krankenversicherung zusammenfaßte und in einem Bundesamt für Krankenversicherung als bundesunmittelbarer Körperschaft organisierte."

Einer einheitlichen Krankenversicherung steht also das Grundgesetz nicht entgegen. Wer aber die gegliederte Krankenversicherung behalten will, muß den Finanzausgleich in der Krankenversicherung wollen. Hieran führt aus meiner Sicht kein Weg vorbei.

(-/30.10.1980/ks/ca)

+ + +



Mehr Mietengerechtigkeit

Hamburg ergreift Initiative für Mietentzerrung im Sozialwohnungswesen
Von Volker Lange

Bausenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Hamburger Senat hat am 14. Oktober 1980 erste Maßnahmen zur Mietentzerrung im Sozialwohnungsbestand beschlossen. In Hamburg, wie auch in anderen Bundesländern, gibt es zwischen ausstattungs gleichen Sozialwohnungen erhebliche Mietdifferenzen, die selbst innerhalb gleicher Jahrgangsgruppen zwei DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich und mehr betragen. Diese Mietdifferenzen sollen durch Nachsubventionierung bei den teuren Sozialwohnungen und durch schrittweise Zinsanhebung der öffentlichen Baudarlehen bei den mietgünstigen Sozialwohnungen bis zu einer festgesetzten Obergrenze abgebaut werden. Durch diese Maßnahme kann mittelfristig in bis zu sechs Jahren eine Mietentzerrung und damit eine größere Mietgerechtigkeit im Sozialwohnungsbestand annähernd erreicht werden.

Die Mietentzerrung soll mit Wirkung ab 1. Januar 1981 einsetzen und lückenlos an die bisherige am 31. Dezember 1980 auslaufende Nachsubventionierung anschließen (Sozialmieten wurden auf einheitlich 6,50 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich verbilligt). Um die Mietentzerrung praktikabel zu gestalten, sind Mietobergrenzen für Jahrgangsgruppen festgesetzt und auf die wesentlichsten Ausstattungsmerkmale (Bad/Dusche und Sammelheizung) ausgerichtet worden. Die Mietobergrenzen sind außerdem so bemessen, daß grundsätzlich die wohngeldfähigen Höchstbeträge nicht überschritten werden, die vom Inkrafttreten des novellierten Wohngeldgesetzes vom 1. Januar 1981 an gelten werden.

Ausstattung Förderungs- jahrgangsgruppen	mit Bad/Dusche oder Sammelheizung in DM/m ² Wohnfläche monatlich	mit Bad/Dusche und Sammelheizung
bis 31.12.1964	5,50	6,10
1.1.1965 bis 30.6.1970	--	6,50
ab 1. Juli 1970	--	6,90

Während des Zeitraums von sechs Jahren ist eine Anhebung der Mietobergrenzen nur in Zweijahresschritten in Höhe, des durchschnittlichen Anstiegs der Betriebskosten (bis zu 0,20 DM pro Quadratmeter) vorgesehen.

Von der Zinsanhebung sind die Förderungsjahrgänge vom 1. Januar 1960 bis 30. Juni 1970 betroffen. In einem Zweijahresrhythmus sollen die Durchschnittsmieten der Wohnungen dieser Jahrgänge um jeweils 0,40 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich bis zur Erreichung der Obergrenze erhöht werden. Diese Mieterhöhungen entsprechen den Mietsprüngen aus dem vorprogrammierten Subventionsabbau bei den Sozialwohnungen der 70er Jahrgänge und führen somit zu einer Harmonisierung des Förderungsabbaus.

Durch den im Zweijahresrhythmus erfolgenden Förderungsabbau um 0,40 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich gelangen die im Ausgangspunkt bereits relativ hohen Sozialmieten schnell an die jeweiligen Mietobergrenzen, während relativ niedrige Mieten erst nach



mehreren Zeitintervallen die jeweilige Mietobergrenze erreichen. Befinden sich Mieten schon im Ausgangspunkt oberhalb der jeweiligen Mietobergrenzen, soll der sie überschreitende Betrag nachsubventioniert werden. Für Sozialmieter, die bereits heute eine relativ hohe Miete bezahlen, bedeutet dies eine bisher nicht gegebene Sicherheit, daß ihre Belastung mittelfristig generell unverändert bleibt.

In Angleichung an die Zinsanhebung für Mietwohnungen wird in Hamburg auch bei Eigentumsobjekten die Zinsanhebung durchgeführt und ebenfalls auf 0,40 pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich begrenzt. Nach Paragraph 44 Absatz 5 des zweiten Wohnungsbaugesetzes kann eine Verzinsung bei Eigentumsobjekten aber erst für die ab 1. August 1968 gewährten Baudarlehen gefordert werden, und zwar frühestens zehn Jahre nach Bezugsfertigkeit.

Erhöhtes Wohnungsbauprogramm auch 1981

Mit diesen Beschlüssen werden grundlegende wohnungspolitische Aussagen der Regierungserklärung in die Praxis umgesetzt. Erstens geben wir ein deutliches Signal, daß der soziale Wohnungsbau in Hamburg eine besondere Priorität besitzt und behält. Zweitens ziehen wir als erstes Bundesland die Konsequenz aus dem Wohnungsbauländergesetz 1980 der Bundesregierung im Hinblick auf mehr Mietgerechtigkeit im sozialen Wohnungsbau.

Die Eckdaten zum Wohnungsbaufinanzierungsprogramm 1981 zeigen auf, daß der Senat daran festhält, daß der Wohnungsbedarf in Hamburg nur gedeckt werden kann, wenn weiterhin der Wohnungsneubau intensiv gefördert wird. Deshalb hat der Senat auf meinen Vorschlag entschieden, die in diesem Jahr im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau auf 4.500 Wohnungen angehobene Programmzahl auch für 1981 beizubehalten. Darüber hinaus wollen wir weiterhin die Förderung von 1.000 Wohnungen im subventionierten steuerbegünstigten Wohnungsbau ermöglichen. Im sozialen Wohnungsbau sind von den 4.500 Wohnungen 1.300 als Eigentumsobjekte vorgesehen. Dies ist nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Eigentumbildung breiter Bevölkerungsschichten.

Hamburg behauptet mit diesen Programmzahlen seine Spitzenposition unter den Bundesländern bei der Förderung des Wohnungsbaues. Bei der Entscheidung über die Eckdaten ist der Senat davon ausgegangen, daß insbesondere für junge Menschen, die aus dem Familienhaushalt der Eltern herauswachsen, daß für Familien oder Alleinstehende mit Kindern und daß für Wohnungssuchende, die als besonders dringlich anerkannt sind, in unvermindertem Umfang sozialer Wohnungsbau erforderlich ist. Hinzu kommt, daß die Familienzusammenführung bei ausländischen Arbeitnehmern und der Zustrom von Flüchtlingen weitere Wohnungsnachfrage auslösen.

Zu den Eckdaten des Wohnungsbauprogramms gehört auch die Festsetzung der Anfangsmiete. Für die 1981 zu fördernden Sozialmietwohnungen soll sie 6,30 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich betragen. Das bedeutet, daß wir bei einer Kostenmiete von etwa 20 DM pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich etwa 14 DM über Subventionen erbringen müssen.

Von Bedeutung ist, daß die Bestimmungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes es zulassen, mit Naubbaumitteln auch Wohnungszusammenlegungen in Verbindung mit Großmodernisierungen zu fördern. Auf diese Weise können mit einem geringeren Mitteleinsatz als beim Neubau familiengerechte Wohnungen mit heutigen Qualitätsanforderungen geschaffen werden. Schon bisher sind für solche Maßnahmen in geringerem Umfang Naubbaumittel abgezweigt worden. Wir beabsichtigen, in Zukunft von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch zu machen. Insbesondere in Prioritätsgebieten der Stadtentwicklung sollen derartige Maßnahmen stärker als bisher durchgeführt werden. Das setzt allerdings ein hohes Maß an Bereitschaft der beteiligten Grundeigentümer und Mieter voraus. (-/30.10.1980/ks/ca)

+ + +



Ein unglaubliches Konzept

Zu den Umstrukturierungsplänen des WDR-Programmdirektors Hübner

Von Dr. Wilhelm Möbel MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Neben den langjährigen Auseinandersetzungen zwischen Journalisten und Druckern auf der einen, den Verlegern auf der anderen Seite ist seit 1979 der Fernsehkrieg in der Bundesrepublik Deutschland im Norden, in Bayern, im Südwesten offen ausgebrochen. Zensuranspruch, Journalistenschelte, Einschüchterung, Drohung im Einzelfall, dann Zerschlagungsversuch gegenüber einer ganzen Anstalt im Norden, Androhung der Kündigung des ARD-Länderabkommens aus dem Süden, Staatsfunkpläne in Niedersachsen. In die gleiche Richtung zielt bei den Kabelprojektplänen die Regierung in Rheinland-Pfalz, daneben läuft der baden-württembergische Ministerpräsident im Alleingang der beschworenen gemeinsamen Grundhaltung aller Ministerpräsidenten davon.

Ganz anders beim Westdeutschen Rundfunk. Nach der einstimmigen Wiederwahl des Intendanten sind der schätzbare Vorwurf "Rotfunk" und die "WDR-Studie" aus dem CDU-Hauptquartier endgültig vergessen.

Aber es wird Politik gemacht, und es soll noch viel mehr Politik gemacht werden, wenn es dem Programmdirektor Heinz Werner Hübner gelingt, sein unglaubliches Konzept durchzusetzen.

Dabei ist die Bilanz des Wahlkampfes noch frisch, insbesondere doch der breite Versuch, den Wahlkampf fast total ins Fernsehen zu verlagern. Das sagenhafte Ansteigen der Briefwahl bewies zudem, daß man selbst am Wahltag nicht vor die Tür brauchte. Ein Aufatmen ist nun bei den geplagten Politikern an der sogenannten bürgernahen Basis zu verspüren, nachdem zahlreiche Fernsehjournalisten Konsequenzen aus dem gescheiterten Fernsehwahlkampf ziehen wollen.

Nur der Kölner Programmdirektor bläst mit einigen seiner einflußreichen Mannen zum Durchhalteappell und sogar zur Flucht nach vorn.
Worum geht es?

1. Die vom WDR-Intendanten angekündigte Regionalisierung und Dezentralisierung im Westdeutschen Fernsehen, um die Attraktivität des 3. Programms zu erhöhen, will Programmdirektor Hübner dazu nutzen, den Anteil Politik um fünf (!) Stunden wöchentlich zu erweitern.
2. Aufgrund von gesicherten Teleskopiedaten erfolgreiche Sendungen sollen gestrichen (zum Beispiel Hobbythek, Matur und Technik), gekürzt (zum Beispiel medizinische und Tiersendungen) werden und ungünstige Sendezeiten zugewiesen erhalten. Andererseits soll etwa die Sendung Galerie, für die nur eine Prozentzahl von zwei bis drei nachgewiesen werden kann, verdoppelt werden.
3. Das eigentliche Ziel der Regionalisierung, dem Bürger, dem Zuschauer näherzukommen, lehnt Hübner damit ab - und das ist sein stärkstes Stück -, daß ein Dialog mit dem Zuschauer nur Einfallslosigkeit, ja Geschwätz bringe.

Fazit: Das Westdeutsche Fernsehen braucht dringend für das dritte Programm einen eigenen Direktor. Bei dem vorgesehenen Aufwand fällt dessen Salär weniger ins Gewicht, als wenn das ganze Unternehmen scheiterte. Der jetzige, für beide Programme zuständige Direktor Hübner steht sich offenbar selbst im Wege, steht in einem schweren Interessenkonflikt.

Das Fernsehen auf Distanz, arrogant von der Decke herunter mit "gebührendem" Abstand zum einfachen normalen Gebührenzahler, muß, soll es regional und dezentral gestaltet werden, wieder auf den Teppich zurück, zumindest aber in bequeme Augenhöhe.

Und da sind mehr unterhaltende edukative Programme gefragt als immer mehr Selbstdarstellungs- und Debattierecken für Politiker.

(-/30.10.1980/ks/ca)

